

DIE REPUBLIK MOLDAU ZWISCHEN VERGANGENHEIT UND ZUKUNFT – GRENZE ZWISCHEN OST UND WEST

DANIEL SEIBERLING||

„Es geht nicht darum, Grenzen zu verschieben, sondern ihnen den trennenden Charakter für die Menschen zu nehmen.“

Richard von Weizsäcker

Ländergrenzen sind historisch selten stabil. Geographische Barrieren helfen, manchmal sollen auch menschengemachte Hindernisse stabile Verhältnisse schaffen – wie die große Chinesische Mauer oder der römische Limes. Wie fruchtlos solche Versuche sind, hat die Geschichte wiederholt gezeigt. Verlässliche Vertragspartner, gute nachbarschaftliche Beziehungen, gemeinsame Interessenlagen und stabile geopolitische Rahmenbedingungen helfen da schon weiter. Wie sieht es in dieser Hinsicht an der Ostgrenze der Europäischen Union aus, genauer gesagt an den Grenzen der Republik Moldau?

Die osteuropäischen Freiheitsbestrebungen der späten 80er und frühen 90er Jahre sind beinahe schon Geschichte. Der zum Teil blutige Kampf um elementare Freiheitsrechte politischer und bürgerlicher Selbstbestimmung ist gewonnen, und die Normalität politischer Auseinandersetzungen ist eingeleitet. UdSSR und GUS haben sich überlebt, den Warschauer Pakt gibt es nicht mehr, die

NATO suchte bis vor kurzem noch nach neuen Aufgaben und einer Daseinsberechtigung in der neuen politischen Weltordnung. Anfang der 90er Jahre hatte Europa zwölf Mitgliedsländer, Rumänien und Bulgarien wurden 2007 Mitglieder Nr. 26 und 27. Die Republik Moldau und die Ukraine unterschreiben 2014 ein politisches Assoziierungsabkommen sowie das Handelsabkommen DCFTA (*Deep and Comprehensive Free Trade Area*) mit der Europäischen Union.

Bis vor kurzem war die Ostgrenze Europas in Medien und Stammtischen durch uninformierte Klischees definiert: Rumänien, vor allem bekannt für Hunderudel in Bukarest und den Export von Kleinkriminalität nach Europa, billige Arbeitskräfte sowie für zu wenig Engagement für Sinti und Roma. Moldau, bekannt für billigen Wein und den Export von gutem Kognak und noch billigeren Arbeitskräften, befindet sich auf dem Weg von einer unbedeutenden Sowjetrepublik zu einem unbedeutenden europäischen Nachbarland. Beide gemeinsam würden, so die Annahme, den europäischen Markt mit billigen Prostituierten überschwemmen, die denen aus der Ukraine das Geschäft verdürben. Die Ukraine ihrerseits wird, so oftmals die öffentliche Wahrnehmung, von immer seltsameren Präsidenten regiert, die sich gegenseitig vergiften oder verhaften. Trans-

nistrien kannte man, wenn überhaupt, als stalinistisches Freilichtmuseum, in dem mit dem Ende der Sowjetunion die Zeit stehen geblieben war.

Tatsächlich haben Rumänien und die Republik Moldau, ebenso wie die benachbarte Ukraine, aber enorme Erfolge in der Initiierung und zum Teil dem erfolgreichen Abschluss politischer, wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Transformationsprozesse erzielt. Selbst Transnistrien ist zumindest wirtschaftlich im 21. Jahrhundert angekommen, was der private Fahrzeugbestand sowie die schicken Supermärkte und Tankstellen des Quasi-Regierungskonzerns „Sheriff“ belegt.

Karte der Pridnjestrowischen Moldawischen Republik



Quelle: Infokart, URL <http://www.infokart.ru/karta-pridnestrovskoj-moldavskoj-respubliki/> [25.10.2014], Eigene Ergänzungen.

Eine Befreiung wird zum Konflikt

Die Republik Moldau ist ein kleines Land auf der politischen Karte – knapp größer als Belgien, es leben dort nur 3,5 Mio. Einwohner. Das Gebiet der heutigen Republik Moldau war jahrhundertlang intensiven sprachlichen, geographischen und kulturel-

len Entwicklungen ausgesetzt und lag häufig im Grenzbereich zwischen slawischen und lateinischen, europäischen und russischen und schließlich sowjetischen Einflüssen. Auch heute sieht sich die Republik Moldau mehrdimensionalen Herausforderungen gegenüber – der Frage nach Transnistrien im Inneren, der Frage nach der moldawisch-rumänischen Beziehung sowie der übergelagerten Frage nach einer Balance zwischen der Europäischen Union und der Russischen Föderation nach außen. Zusätzlich erschwert die unsichere Zukunft der weiteren Entwicklung in der Ukraine die Lage im Land. Eine westlich orientierte und pro-europäische Ukraine kommt der Republik Moldau zugute, birgt aber Probleme für das Regime in Tiraspol – ein starker russischer Einfluss in der Ukraine fördert Transnistrien, erschwert der Republik Moldau aber die Regelung des Konfliktes mit der Regierung in Tiraspol.

Dabei zeigt ein kurzer Gang in die Geschichte dieser Region auch mögliche Gründe für die aktuellen Konfliktlinien auf.

Die heutige Republik Moldau liegt in einer geschichtlich und territorial überdurchschnittlich aktiven Region, die allerdings seit rund 100 Jahren im Schlagschatten der europäisch-russischen Beziehungen häufig übersehen wurde. Revolutionswirren, Besetzungen und Kriegstreiben führten seit Jahrhunderten zu ständigen Rückschlägen bei der Entwicklung einer souveränen moldawischen Staatlichkeit. Und auch in den 40 Jahren seit dem 2. Weltkrieg erlebte die Moldauer SSR das Schicksal vieler anderer Sowjetrepubliken: Terror, Deportationen, eine gezielte Marginalisierung der Titularnation und gesteuerte Zuwanderung von Russen und Ukrainern.

Wie in vielen anderen Bereichen zum unrühmlichen Ende der Sowjetunion gelang es der Regierung in Moskau nicht, den Druck, der sich in Jahrzehnten einseitiger und unausgeglichener Minderheiten- und Nationalitätenpolitik aufgestaut hatte, durch „Glasnost“ und „Perestroika“ auch nur annähernd

abzubauen. Noch als Moldauer SSR wurde in Kischinau im August 1989 das Gesetz über Moldauisch, i.e. Rumänisch, als offizielle Landessprache angenommen, was augenblicklich eine dramatische Verschärfung der seit Jahren schwelenden ethnischen Spannungen zwischen Russen, Moldauern und Ukrainern mit sich brachte. Insbesondere in Transnistrien und Gagausien machten ihrerseits nationalistische Bewegungen mobil, um den ihrer Meinung nach überzogenen moldawischen-rumänischen-lateinischen Tendenzen entgegenzuwirken. Nachdem ihnen die Forderung nach Autonomierechten versagt blieb, erklärten sich die Gebiete Gagausien und Transnistrien zu jeweils unabhängigen Einheiten.

Im sog. Transnistrien bestand die dortige Bevölkerung 1989 zu über 50 Prozent aus Russen und Ukrainern und zu knapp 40 Prozent aus Moldauern. Neben der hohen Konzentration von Industrieansiedlungen stellte sich vor allem die in Tiraspol stationierte 14. Russische Armee als entscheidender Faktor der weiteren Entwicklung heraus.¹

Es gibt aber auch Stimmen, die – vermutlich zu Recht – davon ausgehen, dass ethnische Spannungen in Transnistrien nicht alleine die Ursache für die Dynamik des Konfliktes sein können. Die kulturellen und nationalen Unterschiede von Moldauern und Russen/Ukrainern sind nicht derart tiefgreifend, dass hierin *alleine* der Grund für die Spannungen liegen könnte. Unter anderem gibt es keinen religiösen Konflikt, der – in anderen Fällen – die Konfrontation deutlich verschärft hatte. Trevor Waters weist nach, dass auf beiden Konfliktseiten Moldauer und Transnistrier gemeinsam gekämpft hatten, und sieht einen sehr viel stärker ausgeprägten politischen und wirtschaftlichen Hintergrund in der Transnistrienkrise.²

Die treibende Kraft hinter den Separationsbestrebungen waren demnach die Vertreter der sowjetischen Funktionseliten, die leitende Positionen in Politik und Wirtschaft innehatten und diese Privilegien nicht ohne

Weiteres aufgeben wollten. Wie in zahlreichen anderen Gebieten der Sowjetunion waren in Transnistrien im Umfeld der strategisch bedeutenden Schwer- und Rüstungsindustrie mächtige Seilschaften entstanden. Die Aussicht, die Kontrolle über die industriellen Ressourcen sowie die damit verbundene politische Macht und die materiellen Privilegien zu verlieren, veranlasste diese regionale Funktionselite zur Sezession. Die weitere Dynamik des Prozesses war allerdings nur möglich aufgrund ähnlich gelagerter Interessen der ansässigen russischsprachigen Stadtbevölkerung. Die permanente Mobilisierung der transnistrischen Bevölkerung durch organisierte Dauerstreiks und regelmäßige Referenden verlieh dem Konfrontationskurs einen demokratisch-legitimen Anschein, der die Sezession nach innen und gegenüber Moskau absicherte.³

Auch in der übrigen Moldau leben zahlreiche russischsprachige und russophile Bevölkerungsgruppen. Im Gegensatz zu der zentral gesteuerten Sezessionsbewegung in Transnistrien beschränkten sich diese Gruppen im weiteren Verlauf aber auf die Nutzung demokratischer und parlamentarischer Ansätze, um ihre Minderheitenrechte in der Republik Moldau einzufordern. Da die Fragestellung in Transnistrien aber weit über diese Minderheitenrechte hinausging, war die Führung dort zu wesentlich radikaleren Schritten bereit. Ebenso lebten zahlreiche Moldauer im Gebiet von Transnistrien – und die überwiegende Mehrheit blieb in diesem Gebiet, selbst als die Situation in intensive Kampfhandlungen umschlug. Denn auch diese moldawische Bevölkerung Transnistriens war primär an ihren Privilegien und dem materiellen Status interessiert, den ihnen das industrialisierte und sowjetisch geführte Gebiet jenseits des Nistru bislang gesichert hatte.⁴

Transnistrienkrieg und Waffenstillstand

Am 2. September 1990 wurde in der Volksdeputiertenkammer in Tiraspol die Pridnestrowische Moldawische Sowjetre-

publik PMR ausgerufen. Am 22. Dezember erklärte Moskau diese Entscheidung für nichtig. Nun war die Regierung in Kischinau gefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um die abtrünnigen Volksdeputierten in Tiraspol wieder „einzufangen“. Zwei Monate geschah aber nichts, was Transnistrien zu einer „nichtanerkannten Republik“ werden ließ, wie auch Abchasien, Süd-Ossetien, Nagorni-Karabach.

Am 27. August 1991 erklärte sich die Republik Moldau zum unabhängigen Staat. In der Unabhängigkeitserklärung wurde explizit auf den Molotow-Ribbentrop-Vertrag Bezug genommen, der für nichtig erklärt wurde und die daraufhin gegründete Moldauer Sozialistische Sowjetrepublik ebenfalls aufgelöst sei. Dies wurde aber von der transnistrischen Seite so interpretiert, dass die Vereinigung von Transnistrien, dem Gebiet zwischen dem linken Nistru-Ufer und der Ukraine, mit der Moldau SSR aus dem Jahre 1940 ebenfalls wieder aufgehoben sei. Die Republik Moldau konnte dieser Sichtweise allerdings nur wenig abgewinnen.⁵

Generell muss festgestellt werden, dass es von politischer Seite nur wenige Versuche gab, zu einer Deeskalation der Situation beizutragen und auch aus Kischinau der Dialog mit Tiraspol nur zögerlich gesucht wurde. Die Verhaftung des damaligen Staatschefs Transnistriens in Kiew durch moldawische Geheimpolizisten trug kaum zur Entspannung der Situation bei.

In dieser Situation – energische Aufrüstung auf beiden Seiten, eine politische Eskalation der gegenseitigen Beschuldigungen und dem Fehlen von erkennbarem Krisenmanagement oder vertrauensbildenden Maßnahmen – ist es nicht verwunderlich, dass die Auseinandersetzung letztlich mit Waffengewalt geführt wurde.

Der moldawische Präsident Mircea Snegur autorisierte Anfang März 1992 eine Militäraktion gegen PMR Milizen. Die lokalen Scharmützel entwickelten sich rasch zu um-

fangreichen Kampfhandlungen. Vor der Gefahr stehend, dass die stationierte 14. Russische Armee in einen lokalen Bürgerkrieg verwickelt werden könnte, dessen Konsequenzen militärisch und politisch verheerend sein könnten, schickte Moskau General Alexander Lebed nach Tiraspol. Nach wenigen Tagen gezielter Militäraktionen der russischen Armee wurde der militärische Konflikt am 3. Juli de facto beendet und ein Waffenstillstand am 21. Juni 1992 unterzeichnet. Geschätzt 1.000 Menschenleben und 3.000 Verwundete hat der Konflikt gefordert.⁶

Der Transnistrienkonflikt wurde mit dem Waffenstillstand zu einem „frozen conflict“ und ist es in seinem Kern bis heute geblieben. Die Vereinbarung sieht Friedenstruppen in einer gemeinsamen Kontrollkommission (Joint Control Commission JCC) vor, bestehend aus russischen, moldawischen und transnistrischen Truppen. Ebenso wurde die sog. „Sicherheitszone“ eingerichtet, ein demilitarisierter Landstreifen entlang dem rechten Nistru-Ufer, also eigentlich auf moldawischem Gebiet, der ebenfalls von der JCC überwacht wird.

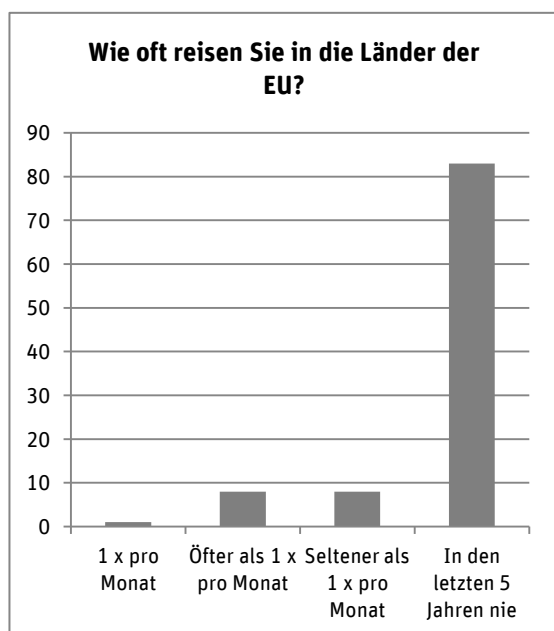
Die generelle demokratische Entwicklung der Republik Moldau, überzeugende Ansätze einer inklusiven Minderheitenpolitik sowie die weitgehend erfolgreiche Regelung des zweiten gageusischen Autonomiekonflikts, ließen Tiraspoler Vorwürfe einer drohenden „Romanisierung“ der Nicht-Moldauer seitdem zunehmend unglaubwürdig erscheinen.⁷

Demgegenüber entwickelte sich die „PMR“ immer mehr zu einem autoritären Regime, dessen Führer Igor Smirnow während seiner gesamten Amtszeit bis 2011 eine Einigung mit der moldawischen Regierung prinzipiell ablehnte. Die ursprünglich vielschichtigen Interessenslagen der Autonomiebewegung erstarrten zu einer Doktrin, die die Separation legitimieren und die autoritäre politische Ordnung stabilisieren sollte. Die Politik Tiraspols stützte sich auf Manipulationen im politischen Entschei-

dungsprozess sowie auf eine Verbindung von Medienkontrolle und gezielter Propaganda, die Assoziationen und Ängste, insbesondere der politisch mobilisierten älteren Bevölkerungsschichten, instrumentalisierte. Im Zentrum der Agitation stand dabei die angebliche Bedrohung der slawischen bzw. transnistrischen Bevölkerung durch Kischinau, Rumänien oder andere westliche Mächte.⁸

Moldau im Jahr 2014 – Gefangen im Spannungsfeld zwischen Russland und der EU

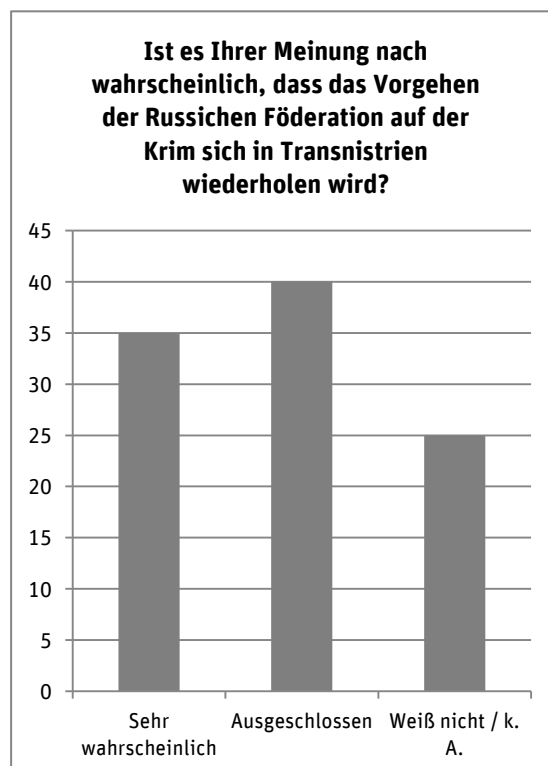
2014 hat die russische Annexion der Krim zu einer dramatisch verschlechterten sicherheitspolitischen Lage der gesamten östlichen Nachbarschaftsregion geführt. Die Republik Moldau sieht sich mit Grenzen zur Ukraine und der Region Transnistrien, die in die geopolitische Auseinandersetzung zwischen Russland und Europa einbezogen ist, unmittelbar hiervon betroffen. Diese Entwicklung überschattet sogar die Strahlkraft der Vereinbarung der Visaerleichterungen im Reiseverkehr mit der EU vom April 2014 und der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens und des DCFTA mit der Europäischen Union.



Quelle: IPP Kischinau (2014): Barometer of Public Opinion, 03/04 2014.

Wie diese Statistik zeigt, ist der tatsächliche Nutzen der Visaerleichterung für die moldawische Bevölkerung überschaubar.⁹ Positiv verstanden wird aber die politische Geste, die dahinter steht. Moldau ist ein Thema und ein Partner für die EU, die in diesem Falle sogar deutlich auf Moldau zugeht.

Die Republik Moldau findet sich in einer vielschichtigen und komplexen politischen Situation wieder, die intern und extern, wirtschaftlich und geopolitisch, höchste Anforderungen an die Regierung in Kischinau stellt. Vor allem ist die Republik Moldau auch weiterhin darauf angewiesen, ihre Position zwischen Europa und Russland in einem immer wieder neu auszutarierenden Gleichgewicht zu halten. Bei den für den November 2014 geplanten Parlamentswahlen wird sich hierbei wiederum eine erneute Veränderung ergeben, auf die es für die Verantwortlichen zu reagieren gilt – gleichgültig, ob die derzeitige Regierungskoalition ihren begonnenen Reformweg weitergehen kann oder nicht.



Quelle: IPP Kischinau (2014): Barometer of Public Opinion, 03/04 2014.

Schon vor der Ukrainekrise war die politische Situation in der Republik Moldau angespannt. Russischer Druck, vor allem bei Wirtschaftssanktionen wie dem Importverbot von Wein und anderen Agrarprodukten spürbar, nahm zu. Die völkerrechtlich fragwürdige Vereinnahmung der Krim – und die wenig konsistente Reaktion des Westens hierauf – hat das Bedrohungsgefühl der moldawischen Bevölkerung weiter ansteigen lassen.

Im Februar 2014 führte die autonome Region Gagausien ein verfassungswidriges Referendum durch, bei dem die große Mehrzahl der Bevölkerung des Gebietes für den Anschluss an die russisch dominierte Eurasische Freihandelszone stimmte, und somit gegen den von der moldawischen Regierung vorgesehenen Beitritt in die Europäische Freihandelszone. Im April wandte sich die Regierung des de-facto-Regimes in Transnistrien mit der formalen Anfrage an Präsident Putin, in die Russische Föderation aufgenommen zu werden. Beide Angelegenheiten fanden in der russischen Presse großes Echo und wurden in den Medien und putinfreundlichen gesellschaftspolitischen Kreisen ausführlich diskutiert. Beide Initiativen blieben bislang ohne konkrete Folgen, sie unterstreichen aber die Existenz tiefgreifender ethnisch, sprachlich und weltanschaulich definierter Bruchlinien im moldawischen Staatsgefüge.

Diese setzten sich bis in die grundlegende Polarität der Republik Moldau in eine rumänischsprachige, tendenziell pro-europäische Bevölkerungsmehrheit (ca. 70 Prozent) und eine russischsprachige und ausgeprägt russischfreundliche Bevölkerungsgruppe um. Selbst ohne konkreten Anlass sind diese divergierenden Interessen für die moldawische Regierung nur schwer auszugleichen und verlangen eine sensible und ausgeglichene Politik der politischen Inklusion der nationalen Minderheiten. Nach dem geopolitischen Sündenfall der Neuzeit, der Annexion der Krim durch Russland, ist dieses Verhältnis aber auch zu einer Glau-

bensfrage über das weitere Schicksal des Landes geworden.

Die politischen Parteien der Republik Moldau müssen einerseits auf diese Tendenzen reagieren, setzen die Emotionen der Bevölkerung aber auch gezielt für ihre politischen Kampagnen für die kommenden Parlamentswahlen im Wahlkampf ein.

Während die derzeitige pro-europäische Regierungskoalition um Premierminister Leanca aus Liberaldemokratischer Partei, Demokratischer Partei und der Liberalen Partei zu Recht auf die Erfolge bei der Annäherung an Europa verweisen – insbesondere Visaerleichterung und DCFTA – und darauf drängen, den eingeschlagenen Weg beizubehalten, verweist der Führer der Kommunistischen Partei Voronin ebenso begründet auf die Notwendigkeit hin, die Beziehungen zu Russland zu pflegen und wirtschaftlichen und regionalen Realitäten Rechnung zu tragen.



Quelle: IPP Kischinau (2014): Barometer of Public Opinion, 03/04 2014.

Die Herausforderung für Moldau besteht nun insbesondere darin, diese beiden – inhaltlich berechtigten – Argumentationsli-

nien in ein Gleichgewicht zu bringen – und ein apodiktisches Entweder - Oder zu vermeiden.

Russland hat mit der Annexion der Krim hier wenig dazu beigetragen, einen Ausgleich zu suchen oder Räume zum Dialog zu schaffen. Zwar scheint die Annexion der Krim durch Russland den Kommunisten im Land Umfrageergebnissen zufolge tendenziell geschadet zu haben, dafür scheinen die verbleibenden kommunistischen Hardliner umso energischer ihre Überzeugung zu vertreten, dass die Zukunft des Landes bei Russland liege (und Russland möglicherweise auch in Moldau, über Transnistrien, entscheidenden Einfluss ausüben könne).

Die Republik Moldau hat im Rahmen der europäischen Nachbarschaftsprojekte im Verhältnis zur Bevölkerungszahl und Wirtschaftsleistung überdurchschnittlich hohe Unterstützungszahlungen erhalten. Die EU betont hier aber, dass wir uns nicht in einem geopolitischen Krätemessen mit Russland befinden, und sieht die stärkere Bindung an Europa nicht im Widerspruch zu den moldawisch-russischen Beziehungen.¹⁰ Moderate Kräfte, wie der Parlamentspräsident Igor Korman, unterstreichen diese Position. Tatsächlich steht es der Republik Moldau weiterhin frei, im Rahmen der Welthandelsorganisation Handelsverträge mit Russland bzw. dem Eurasischen Zollverband auszuhandeln.

Eine entscheidende Frage des DCFTA ist die Position, die Transnistrien zu diesem Abkommen einnehmen wird. Bis Ende 2015 muss geklärt werden, ob Transnistrien dem Abkommen ebenfalls beitrifft – andernfalls wird es seine privilegierten Handelspräferenzen mit der EU verlieren, oder zumindest neu aushandeln müssen. Hierbei wird der Widerspruch zwischen den politischen und wirtschaftlichen Interessen in Transnistrien deutlich: rund 40 Prozent der Exporte aus Transnistrien gehen in die EU, ca. 30 Prozent in die Republik Moldau und nur rund 20 Prozent nach Russland.¹¹ Die Wirtschaftseli-

te des Landes sieht daher klar die Vorteile einer wirtschaftlichen Anbindung an Europa. Die politische Führung des Landes ist aber offenbar nicht in der Lage, den wirtschaftlichen Realitäten zu begegnen – daher die Anfrage an Russland, in die Russische Föderation aufgenommen zu werden. In der undurchsichtigen Führungsstruktur des Landes kann dies nur weitere Spannungen und Konflikte bedeuten.

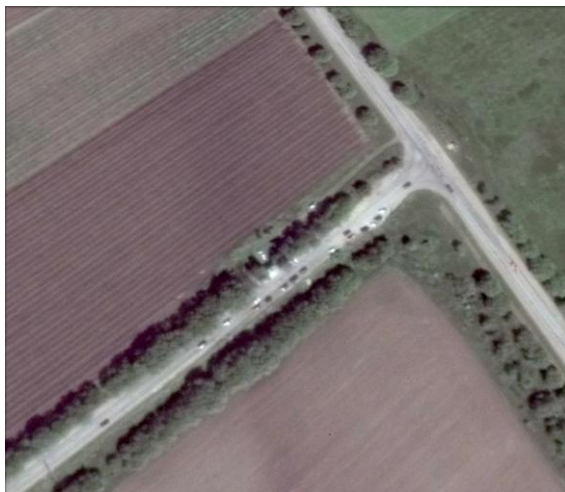
Nicht ohne Weiteres ist zu erklären, weshalb Russland an Transnistrien festhält, und mit einem enormen wirtschaftlichen Aufwand das Regime dort unterstützt. Ideologisch ist keine tiefe Verbundenheit zwischen Tiraspol und Moskau zu erkennen. Allerdings stellt die PMR bislang den einzigen erfolgreichen Sezessionsfall eines außerhalb Russlands gelegenen russisch geprägten Gebietes dar - möglicherweise ist das der Regierung in Moskau die langanhaltende und kostenintensive Unterstützung wert. Ob Transnistrien für Russland ein Experiment darstellt, wie eine isolierte Sowjetstruktur das 21. Jahrhundert erlebt hätte, ob es ein Verhandlungspfand für etwaige internationale Konflikte darstellt, oder einen Hebel für wirtschaftliche und politische Einflussnahme in der Region darstellen soll, kann nicht abschließend geklärt werden. Sicher ist aber, dass Moskau mit dem Verlauf und Status Quo Transnistriens im Reinen zu sein scheint – denn mit der Annexion der Krim, und vor allem der Unterstützung der Separatisten in der Ostukraine, wiederholt sich eine Entwicklung, wie sie am Modell Moldau/Transnistrien durchlaufen wurde in größerem Maßstab mit dem Ukraine/Donetsk-Konflikt erneut.

Die innermoldawische Grenze

Die Grenze zwischen der Republik Moldau und Transnistrien (PMR) ist gleichzeitig eine reale Grenze und ein virtuelles Konstrukt. Real ist sie insbesondere für Bewohner der Republik Moldau, die Sie in Richtung Nistru passieren wollen – und für Ausländer, die sich nach Auftreten und Gebaren der

transnistrischen Grenzer unweigerlich an DDR Grenzübergänge erinnert fühlen. Die Republik Moldau sieht Bewohner des Gebietes als moldawische Staatsbürger an, und hat daher keine Veranlassung, auf kleineren Landstraßen gerade an dieser Kreuzung eine Polizeikontrolle zu errichten, nur weil dort zufällig ein transnistrischer Schlagbaum steht. Transnistrischen Grenzsoldaten, Wachhäuschen und Schreibstube steht also höchstens ein moldawischer Streifenwagen gegenüber, der wie zufällig hier patrouilliert.

Innermoldawischer Grenzübergang bei Cosnita



Die Grenze verläuft in der Bilddiagonalen – links liegt die Republik Moldau, rechts Transnistrien. In der Bildmitte liegt das Wachhäuschen und der Schlagbaum Transnistriens (PMR). Es gibt keinerlei Grenzmarkierungen oder –befestigungen auf den umliegenden Feldern. Quelle: Google Earth 2014.

Alle Bewohner Transnistriens können problemlos einen Pass der Republik Moldau beantragen, ebenso wie sie EU-konforme Nummernschilder der Republik Moldau an ihre Wagen schrauben. Damit können Sie unbehelligt durch die Republik Moldau fahren und im Genuss der moldawischen Visaerleichterung in die EU einreisen. Es gibt natürlich Pässe Transnistriens, und Nummernschilder und Fahrzeugpapiere – nur sind sie nirgendwo jenseits des Nistru anerkannt, in der Republik Moldau aber geduldet. Diese fast schon idyllische Absurdität trägt aber immer auch eine reale Bedrohung in sich. Mindestens ein Mensch ist an der

innermoldawischen Grenze bislang ums Leben gekommen und die Soldaten der Joint Control Commission sind schwer bewaffnet und ausgerüstet.

An diesen Kontrollpunkten, den Übergängen aus einer der innermoldawischen Grenze vorgelagerten Sicherheitszone in die Republik Moldau, wird möglicherweise am 01. Januar 2015 ein neues Kapitel im Transnistrienkonflikt eröffnet. Mit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens mit der EU und dem DCFTA wurde das labile Gleichgewicht zwischen der Republik Moldau und Transnistrien erneut in Bewegung gebracht. Transnistrien muss sich entscheiden, ob es bis zum Ende der Übergangszeit dem Handelsabkommen beitreten wird oder nicht. Wenn in Tiraspol die Entscheidung zugunsten der wirtschaftlichen Interessen des Landes getroffen wird, und man dem Abkommen beitrifft, verlagert sich das Problem in die tiraspoler–russischen Handelsbeziehungen. Wenn Transnistrien dem DCFTA aber nicht beitrifft, und damit auch seine alten Handelspräferenzen mit der EU verliere, wäre ein Handel mit Moldau und der EU selbstverständlich immer noch möglich. Dieser müsste aber eine Zollaußengrenze überqueren, und die innermoldawische Grenze würde von einer sicherheitspolitischen Absurdität zu einer durch die Republik Moldau qua europäischen Vertragswerks zu sichernden und kontrollierenden Grenze. Dadurch würde Transnistrien das erreichen, was bislang in 25 Jahren intensiven Anstrengungen nicht erreicht werden konnte: die Anerkennung als eine faktisch von der Republik Moldau unterscheidbaren und unterschiedlichen Region. Es ist durchaus möglich, dass diese verquere Logik den Machthabern in Tiraspol mehr Wert sein könnte als die Handelsbeziehungen mit Europa.

Transnistrien und Ukraine

In der vorherrschenden angespannten geopolitischen Lage wird die kleine Nachbarregion Transnistrien aus Kiew aufmerk-

sam beobachtet. Die notorisch durchlässige Grenze zu Transnistrien – de jure die Grenze zur Republik Moldau, aber in diesem Bereich de facto diejenige zu Transnistrien – könnte russischen Spezialeinheiten als Zugang in die Ukraine dienen. Der Schmuggel von Menschen und Waren würde an dieser Grenze kaum jemanden überraschen.

Der Grenzverkehr über und durch die Ukraine war der zentrale Versorgungsweg für Transnistrien. Angesichts der politischen Veränderungen in der Ukraine und den Spannungen mit Russland hat die Ukraine auch ihre „laissez-faire“ Position Transnistrien gegenüber revidiert. Vermutlich war und ist der Handel mit Transnistrien, und der Transit von Russland über die Ukraine nach Transnistrien, auch für den einen oder anderen ukrainischen Geschäftsmann in den vergangenen 25 Jahren ein gutes Geschäft gewesen.

Allerdings ist Transnistrien immer dann in den Blickpunkt ukrainischer Politik, und somit der Grenzschränker, geraten, wenn die ukrainische Position sich weg von Russland und stärker hin zu Europa orientiert hat.

Daher überrascht es wenig, dass die ukrainisch-transnistrischen Beziehungen derzeit unterkühlt sind. Transnistrien ist auf gutnachbarschaftliche Beziehungen mit der Ukraine angewiesen, aber die Handelsbeziehungen sind auch hier erschwert. Ebenso wie Moldau hat die Ukraine ein DCFTA mit der Europäischen Union unterzeichnet, was die Grenzkontrollen mit Transnistrien verschärfen wird, falls Tiraspol dem Abkommen nicht ebenfalls beitrifft. Ähnlich wie Moldauer Bewohner Transnistriens in der Regel auch rumänische Pässe haben, besitzen viele ukrainischstämmige Bewohner Transnistriens auch einen ukrainischen Pass.

Transnistrien sieht sich zunehmend isoliert – ob allerdings tatsächlich, wie von russischen Medien gemeldet wurde, seit dem 12. März ständigen Bewohnern von Transnistrien zwischen 17 und 65 Jahren die

Einreise in die Ukraine verweigert wird, scheint unwahrscheinlich.¹²

Falls sich die Situation zwischen der Ukraine und Russland weiter verschlechtert, wird Transnistrien stark darunter zu leiden haben. Der isolierte Insel-Status, auf dem Landweg weder von Russland noch den separatistischen Gebieten der Ostukraine zu erreichen, verbietet es Transnistrien de facto, allzu deutliche pro-russische Positionen zu beziehen, oder gar durch militärische oder geheimdienstliche Tätigkeit gegen die Ukraine sich direkt an den Auseinandersetzungen zu beteiligen. Bei einer weiteren Eskalierung des Ukraine-Russland Konfliktes wäre theoretisch die Mobilisierung der Russischen 14. Armee in Tiraspol zur Unterstützung der Separatisten der Volksrepublik Donezk oder der Volksrepublik Lugansk gegen die Ukraine möglich – aber auch gegen diese Option spricht die Weite der ukrainischen Räume. Ohne geeignete Transport- oder Luftlandeeinrichtungen käme der Großteil der 14. Armee auf dem Landweg durch die Ukraine vermutlich nicht im „Föderativen Staat Neurußland“ an.

In all diesen hitzig geführten politischen Debatten ist es für Moldau wirtschaftlich und politisch überlebenswichtig, einen Ausgleich zwischen seinen EU- und russischen Beziehungen zu schaffen. In einem seltenen Versuch beruhigend zu wirken, sicherte der russische Außenminister Sergei Lawrow zu, Transnistrien nicht zu einem Interventionsportal für russischen Einfluss zu machen – so lange Moldau neutral bliebe.¹³ Dies wurde aber vor allem als Drohung gegen das Assoziierungsabkommen und das DCFTA aufgefasst – und beide Dokumente sind inzwischen von moldawischer Seite unterschrieben, die Neutralität Moldaus also aus russischer Sicht zu hinterfragen.

Allerdings ist die Frage der Neutralität der Republik Moldau interpretationsfähig. Der russische Verteidigungsminister Dmitri Rogozin sieht bereits mit dem EU-Assoziierungsabkommen diese Neutralität

klar kompromittiert, während die NATO auch im Rahmen der verfassungsmäßig festgeschriebenen Neutralität der Republik Moldau eine NATO-Partnerschaft durchaus begrüßt und hierin nicht zwangsläufig einen Antagonismus mit Russland sieht.¹⁴ Hierbei ist klar ersichtlich, dass die Sicherheitsdebatte unbedingt von der Debatte der europäischen Annäherung und wirtschaftlicher und politisch-normativer Verständigung entkoppelt werden muss.

Obwohl Russland mit der Annexion der Krim die Frage nach der Integrität der Grenzen moderner Staaten neu gestellt hat, kann weder in Transnistrien, noch in Gagausien, noch in Moldau selbst davon ausgegangen werden, dass es diesen Modus Operandi auch in anderen Gebieten anwenden wird. Die europäische öffentliche Aufmerksamkeit wurde eventuell viel zu lange auf andere Schauplätze des Weltgeschehens gerichtet: 9/11, Kampf gegen Terror, Afghanistan, Atomausstieg, etc. pp. Dass Europa an seiner Ostgrenze, oder besser: in den Ländern seiner Ostgrenze, in den Ländern der unmittelbaren europäischen Nachbarschaft und in seinen Beziehungen zu Russland noch viel tun muss, um die Erfolge der frühen 90er Jahre nachhaltig zu konsolidieren, hat die Annexion der Krim durch Russland unter Putin drastisch zurück ins Bewusstsein gebracht.

|| Daniel Seiberling

Auslandsmitarbeiter Rumänien

ANMERKUNGEN

- 1 Vgl. Burian, Alexander (2011): Der Pridnestrowien-Konflikt und Perspektiven seiner Lösung, URL <http://ava.md/analytics-commentary/012138-pridnestrovskii-konflikti-perspektivi-ego-razresheniya-vzglyad-iz-kishineva>.html. [25.10.2014].
- 2 Vgl. Waters, Trevor (2003): Russische Friedenstruppen in Moldau, In: MacKinlay und Cross (2003): Das Paradoxon Russischer Friedenstruppen, Vereinte Nationen Universitätspresse, S. 132 – 155.
- 3 Vgl. Hübscher, Klemens (2005): Der Transnistrienkonflikt. OWEP 3/2005(466), S. 1.
- 4 Vgl. Tröbst, Stefan (2003): Wir sind Transnistrier! AbImperio 2003/1.
- 5 Vgl. Samsonow, Sergeij (ohne Datum): Der Molotow-Ribbentrop Pakt und das Recht Pridnestrowiens auf Unabhängigkeit, URL www.materik.ru/problem/detail.php?ID=10556&print=Y [25.10.2014].
- 6 Vgl. Perepelschitsa, G.N. (2010): Der Pridnstrowje Konflikt: Ursachen, Probleme und Prognose der Entwicklung, Schwarzmeer Nachrichten, URL <http://www.blackseanews.net/read/614> [25.10.2014].
- 7 Vgl. Zeranu, Anatol (2010): Die Evolution staatlicher Politik und Parteienplattformen in der Republik Moldau. IPP Kishinau, URL: http://www.ipp.md/public/files/Publicatii/2010/Taranu_pdf.pdf [25.10.2014].
- 8 Vgl. Mjalo, Xenia (2011): Pridnjestrowe: 20 Jahre später. In: Unsere Zeitung, URL: <http://eot.su/smi/kolonka/pridnestrove-20-let-spustya> [25.10.2014].
- 9 Vgl. IPP Kischinau (2014): Barometer der öffentlichen Meinung, 03/04 2014.
- 10 Vgl. Nimzic-Arambasa, Michaela (2012): Alltag am östlichen Rand der EU, Praxis Kultur- und Sozialgeographie 54, S. 158.
- 11 Vgl. Tibrikan, Nicolae (2013): Gehen die Grenzen der EU bis an den Dnjestr?, URL: <http://www.voxeurop.eu/de/content/article/4137181-gehen-die-grenzen-der-eu-bis-den-djestr> [25.10.2014].
- 12 Vgl. Radio Stimme Russlands (2014): http://german.ruvr.ru/news/2014_07_26/Graben-Nr-2-Ukraine-will-sich-von-Transnistrien-abgrenzen-5413/ [25.10.2014].
- 13 Vgl. ORF (2014): Moskau stellt Bedingungen an Moldau, URL <http://orf.at/stories/2230246/> [25.10.2014].
- 14 Vgl. NATO News (2014): NATO und Moldau diskutieren darüber die Kooperation und den Dialog zu intensivieren, URL: http://www.nato.int/cps/ro/natohq/news_108028.htm?selectedLocale=en [25.10.2014].